Die ver.di Branchenzeitung

www.verlage.verdi.de | www.druck.verdi.de | www.papier.verdi.de

DRUCK + PAPIER

Nr. 4 | Dezember 2015 | Jahrgang 153

Foto: werkzwei

Auffallen, quer(feldein) denken

Sie gehören zur Gewerkschaft wie der Altar in die Kirche: Infostände, Schwarze Bretter, Flugblätter. Allerdings ist die Wirkung oft gering. Um den Infostand machen zu viele Beschäftigte einen großen Bogen. Und die Aushänge am Schwarzen Brett werden auch häufig nicht beachtet. Selbst Tarifauseinandersetzungen verlieren schnell an Bedeutung. Zwar haben sich viele Belegschaften engagiert, Aktionen gemacht und gestreikt. Doch dann ist der Lohnabschluss da, das Geld landet auf dem Konto der Kolleginnen und Kollegen und kaum ein Jahr später ist alles vergessen.

Pfiffige Ideen gefragt

Das muss nicht sein. Es gibt pfiffige Ideen, um die durchgesetzten Tariferfolge in Erinnerung zu bringen, auch wenn die Tarifrunde längst vorbei oder noch gar nicht gestartet ist.

Etwa mit Osterhasen. Jetzt im Versandhandel in Stanniolpapier verpackte Schokoladenosterhasen kaufen und jedem den gleichen Text wie auf dem Foto verpassen. Nun werden die Hasen strategisch im Betrieb verteilt. Immer an solchen Orten, an denen viele Kolleginnen und Kollegen vorbeilaufen: in der Kantine, auf den Stufen am Eingang, in Umkleideräumen oder in den Wasch- und Toilettenvorräumen.

Das ist mal eine andere Form, die Kolleginnen und Kollegen daran zu erinnern, dass Lohnerhöhungen erkämpft werden müssen und dafür der Einsatz von ganz vielen notwendig ist. Die Osterhasen-Aktion ist auch schon öfter in Betrieben ausprobiert worden. Gute Öffentlichkeitsarbeit fällt auf, ist ungewöhnlich, witzig und macht neugierig.

Ein anderes Beispiel: Vor dem Eingang wird am Boden ein großes Smiley angebracht. Darauf steht: »Stell dir vor, es gibt Betriebe, da werden Beschäftigte gelobt. Aber nicht hier.« Ein guter Einstieg, um Führungsstil und Betriebskultur zum Thema zu machen.

Das fällt auf

Ob Osterhasen oder Smileys – solche Instrumente dienen dazu, viele Menschen zu erreichen und sie zum Lesen und Reden zu animieren. Und ver.di als die Gewerkschaft mit den pfiffigen Ideen zu präsentieren. Die Texte sind frei von Schlagworten und auch nicht in Gewerkschaftsdeutsch verfasst. Das kommt an bei der Belegschaft.

Noch eine Idee für die nächste Tarifrunde der Druckindustrie, die mit wenig Material, Zeit und Geld umzusetzen ist: Vom Parkplatz oder der Straße bis zum Werkstor werden drei Riesenluftballons aufgehängt. Auf dem ersten steht: »Kohle schon wieder alle.« Auf dem zweiten: »Schon blöd.« Auf dem letzten: »Von allein kommt nix.«

Das fällt auf und sorgt für Gesprächsstoff. **MICHAELA BÖHM**

AUS DEM INHALT

Unzureichend:
Die Gesetzesnovelle zu Leiharbeit und Werkverträgen schließt nicht alle Schlupflöcher. *Seite 3*

Mehr Geld!
Im Frühjahr startet die Lohntarifrunde in der Druckindustrie – Argumente. *Seite 5*

Grundsatzurteil:
Jetzt muss offengelegt werden, ob Lebensmittel durch Chemikalien in der Verpackung belastet sind. Und dass man etwas dagegen tun kann. *Seiten 8 und 9*

NÄCHSTE AUSGABE

Die nächste Ausgabe erscheint **gedruckt im Februar 2016.** Zuvor wünscht die Redaktion allen Lesern fröhliche Weihnachtsfeiertage und einen guten Start ins neue Jahr!

DIESE AUSGABE

… ist die letzte im Jahr 2015. Viele hier behandelte Themen weisen schon nach vorn: Die Tarifrunde in der Druckindustrie steht 2016 an. Da sind gute Argumente und Stehvermögen gefragt. Auch pfiffige Ideen, wie möglichst viele Mitglieder und Beschäftigte in den Betrieben in den Tarifkampf einbezogen werden können. In den großen Zeitungsverlagen wird das »Optimieren« und »Umstrukturieren« weitergehen. Unter griffigen oder weniger einfallsreichen Konzept-Slogans geht es den Konzernen darum, nicht noch mehr Terrain und Gewinn an Online- und Digitalangebote zu verlieren. Was jahrelang verschlafen wurde, sollen nun Unternehmensberatungen richten – egal, ob bei DuMont in Köln, Hamburg oder Berlin, der Zeitungsholding in Stuttgart oder bei der »Märkischen Oderzeitung«. Dabei die Interessen der Beschäftigten zu wahren, ist Aufgabe der Gewerkschaft(er).

Dass technische Innovationen im Kundeninteresse – hier quasi von uns allen – liegen können, zeigt unser Beispiel Mineralölblocker in der Lebensmittelverpackung. Was sich sonst Neues in der Branche anbahnt, wird 2016 auf der drupa, der weltgrößten Messe der Printmedien, zu erfahren sein. ver.di ist traditionell dabei, diesmal speziell mit dem Ausbildungsprojekt SAL. Die Leistungsschau der Druck- und Medienindustrie wird zeigen, ob 3-D-Druck die hochgesetzten Erwartungen erfüllt und wie »Green Printing« vorankommt. Alle Interessenten können sich im Frühjahr in Düsseldorf selbst ein Bild davon machen. DRUCK+PAPIER wird selbstverständlich berichten. Das Thema »Digitalisierung«, ob Industrie 4.0 in unsere Branchen einzieht und was das für die Beschäftigten bedeutet, verfolgen wir ebenso.

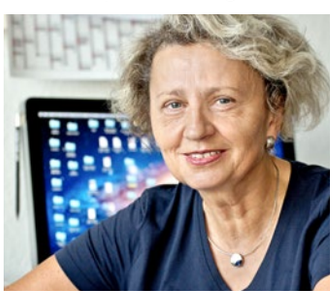


Foto: Tobias Hametner

Auch im neuen Jahr werden Tausende Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Eine Willkommenskultur nahe der Belastungsgrenze zu sichern, ist eine Herausforderung an die Politik und sämtliche Verantwortlichen. Und an jede/n Einzelne/n. **HELMA NEHRLICH**

STRICHÄTZUNG

Illustration: Thomas Klefisch

Soziales Wachkoma

Kinder, Kinder, jetzt haben wir auch schon wieder zehn Jahre Hartz IV. Zu feiern gibt´s dabei nichts. Im Gegenteil. Wie kam der Monatsregelsatz damals bei der Abschaffung des Sozialstaats überhaupt zustande? Ich glaube, so: Peter Hartz lag eines Nachts neben seinem brasilianischen Escort-Girl. Als es später ans Bezahlen ging, hat der VW-Mann (!) sich gedacht: »Ist das teuer!! Da kann ja in Deutschland ein normaler Mensch ´n Monat von leben.« – Da kann man bedauern, dass brasilianische Prostituierte keine Gewerkschaft haben. Gäbe es da nämlich ein Nutten-ver.di, hätten die Callgirls am Zuckerhut vielleicht einen doppelt so hohen Stundenlohn und die Arbeitslosen in Deutschland einen vernünftigen Monatsregelsatz. So lassen sich die Auswirkungen der Globalisierung auch mal anschauen. Stattdessen darf jeder, der in Hartz IV kommt, als soziales Prekariat im sozialen Wachkoma abseits des gesellschaftlichen Lebens seine Zeit verbringen und den ganzen Tag im Privatfernsehen gucken, wie die Hartzer ständig als faule Volldeppen-Karikaturen vorgeführt werden – nach dem Motto »Deutschland sucht den Super-Asi«. Damit die Mittelschicht sich vor der Unterschicht gruselt und dabei vergisst, der Oberschicht auf die Finger zu klopfen. 50 Prozent der Deutschen übrigens glauben von sich selbst, sie gehörten zum reichsten Zehntel. Deshalb findet sich immer eine Mehrheit für Steuergesetze, die nur den Allerreichsten nützen. Aber nach unten: Entsolidarisierung. Als wäre Hartz IV ansteckend. Dabei wissen wir nach zehn Jahren, dass es jeden mal erwischen kann. Aber die Mittelschicht im Bionade-Getto trinkt sich lieber bei Vivaldi und Latte macchiato den Kapitalismus schön, als solidarisch zu sein. Wolfgang Clement hat zur Einführung von Hartz IV gesagt: »Wir werden die Arbeitslosen in Deutschland halbieren.« Er hat recht behalten: halber Lebensstandard, halbe Gesundheit, halbe Würde. Und die SPD hat nur noch halb so viele Mitglieder. Klassische Loose-loose-Situation. Manchmal frage ich mich mit Blick auf die SPD-Spitze auch heute: Haben die was genommen – und wenn nicht –, sollten die nicht was nehmen? Dringendst! **ROBERT GRIESS**

DIE MELDUNG HINTER DER ZAHL

95 %

… eines Monatsgehaltes erhalten die Beschäftigten in Druckindustrie und Papierverarbeitung als tarifliches Weihnachtsgeld. In Ost und West. Damit liegen sie bundesweit auf einem Spitzenplatz. Eine aktuelle Befragung des Tarifarchivs der Hans-Böckler-Stiftung förderte zutage: Mehr als die Hälfte, genau 54 Prozent der Beschäftigten in Deutschland erhalten ein Weihnachtsgeld. Entscheidend ist die Tarifbindung: 72 Prozent der Beschäftigten aus Betrieben, in denen ein Tarifvertrag gilt, erhalten die Sonderzahlung. Ist ihr Unternehmen nicht tarifgebunden, können sich nur 42 Prozent über Weihnachtsgeld freuen.

Weihnachtsgeld erhalten …

54 % aller Beschäftigten

42 % Beschäftigte ohne Tarifvertrag

72 % der Beschäftigten mit Tarifvertrag

Grafik: werkzwei, Detmold

LEIHARBEIT UND WERKVERTRÄGE

Wieder Schlupflöcher eröffnet

Der Gesetzentwurf korrigiert Missbrauch nicht konsequent genug | MICHAELA BÖHM

Auf dem ver.di-Bundeskongress im September erklärte Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD), dass Leiharbeit und Werkverträge nicht dazu genutzt werden dürften, Stammarbeitsplätze abzubauen, Druck auf Löhne zu machen und Arbeitsbedingungen spürbar zu verschlechtern. »Ich will, dass in einem Betrieb nicht Beschäftigte erster, zweiter und dritter Klasse arbeiten.«

Mitte November legte sie den Gesetzentwurf zur Regulierung von Werkverträgen und Leiharbeit vor. Doch trotz der zahlreichen Neuerungen in dem 33-seitigen Papier wird sie ihre Versprechen nicht einhalten können. Nahles, die sich eng an den schwarz-roten Koalitionsvertrag hält, korrigiert nur wenig, was die rot-grüne Bundesregierung im Zuge der Agenda 2010 angerichtet hat.

Zur Leiharbeit: Im Gesetzentwurf steht, dass Leiharbeitskräfte maximal 18 Monate in einem Betrieb eingesetzt werden dürfen. Ausnahmen gelten jedoch für tarifgebundene Betriebe. Einigen sich Arbeitgeber und Gewerkschaften in einem Tarif- oder Haustarifvertrag, wäre es denkbar, Leiharbeitskräfte über viele Jahre einzusetzen. Das lädt Arbeitgeber geradezu ein, sich unternehmerfreundliche Gewerkschaften für Gefälligkeitstarifverträge zu suchen. Die 18-Monate-Regelung verteidigte Andrea Nahles in einem Interview mit der »Süddeutschen Zeitung« als Fortschritt. Denn Arbeitgeber setzten Leiharbeiter »teilweise extrem lange ein«. Doch der DGB sieht in dieser Fristsetzung eine große Schwäche, weil Dauerarbeitsplätze weiterhin mit Leiharbeitskräften besetzt werden könnten. »Das Personen-Karussell kann sich weiterdrehen: Nach 18 Monaten können Leiharbeiter ausgetauscht und durch andere ersetzt werden«, erklärte Annelie Buntenbach vom DGB-Bundesvorstand. »Das ist ein riesiges Schlupfloch.« Weiterhin ist vorgesehen, dass Leiharbeitskräfte nach neun Monaten genauso viel verdienen sollen wie Stammbeschäftigte. Das Problem: Viele der rund 800.000 Leiharbeitskräfte werden davon nichts spüren. Denn für die Hälfte von ihnen ist schon nach drei Monaten Schluss. Gelten Branchenzuschläge für Leiharbeiter, wie dies in der Druckindustrie und in der Papierverarbeitung der Fall ist, gibt es erst nach einem Jahr den gleichen Stundenlohn wie für die Stammbelegschaft.

Gewerkschaften begrüßen dagegen die Regelungen, dass Leiharbeitskräfte künftig nicht mehr als Streikbrecher eingesetzt und Werkvertragsbeschäftigte während ihres Einsatzes nicht mehr zu Leiharbeitern umgewidmet werden dürfen.

Zu den Werkverträgen: Just in dem Moment, als Gewerkschaften Branchenzuschläge für Leiharbeitskräfte durchsetzten, schwenkten Unternehmen um auf Werkverträge. Da zerlegen angeblich Selbstständige in Schlachtbetrieben tote Tiere und angeblich Selbstständige putzen Zimmer in Hotels. Oder es werden ganze Betriebsteile per Werkvertrag an Fremdfirmen ausgelagert, wie die Weiterverarbeitung im Druckzentrum Rhein-Main in Rüsselsheim. Im Gesetzentwurf sind nun Kriterien formuliert, die echte Werkverträge von Scheinwerkverträgen und verkappter Leiharbeit abgrenzen sollen. Doch Werkverträge »wieder zu einem sauberen Instrument« zu machen, wie Andrea Nahles noch im Juli versprochen hatte, ist ihr nach Ansicht der Gewerkschaften nicht gelungen. Vor allem an Rechten der Betriebsräte mangelt es. Der Arbeitgeber soll sie künftig über die Dauer und die Arbeitsaufgaben der Werkvertragsbeschäftigten informieren. Von Mitsprache oder Mitbestimmung keine Spur. Ein bloßes Informationsrecht für Betriebsräte sei wertlos, solange sie keinen Hebel haben, gegen Missbrauch vorzugehen, sagte der stellvertretende ver.di-Bundesvorsitzende Frank Werneke.

Erst kürzlich legten Forscher eine Studie vor. Sie kamen zu dem Schluss, dass »überraschend viele Werkverträge als rechtlich problematisch« einzustufen seien.

Die Studie im Auftrag der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung kann kostenlos heruntergeladen werden unter www.bit.ly/werkboekler

HINTERGRUND

Was sagen die Arbeitgeber zur Novelle?
Als »völlig praxisfern«, »hochbürokratisch« und »in der Sache unsinnig wie undurchführbar« bezeichnete Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer den Gesetzentwurf. Der Dachverband der Arbeitgeber sieht damit das Auslagern bestimmter Dienstleistungen gefährdet und hält das geplante Gesetz für einen Angriff auf »die moderne, arbeitsteilige Wirtschaft«.

Auch der Bundesverband Druck und Medien hält nichts davon. Noch bevor die konkreten Gesetzesänderungen bekannt geworden waren, hatte man die zu erwartende »Bürokratisierung und Reglementierung« gegeißelt. Kritisiert wird vor allem, dass es bei Streiks künftig verboten sein wird, Leiharbeitskräfte als Streikbrecher einzusetzen. Sabine Dresbach, Referentin für Sozialpolitik und Recht beim Arbeitgeberverband der Druckindustrie, hält das Verbot gar für verfassungswidrig. Der Arbeitgeber müsse die Schädigung seines Betriebes durch einen Arbeitskampf nicht dulden. Er habe das Recht, den Betrieb mit Arbeitswilligen aufrechtzuerhalten. Wird das Gesetz allerdings so beschlossen, ist ein Fall wie bei der Post rechtswidrig. Die hatte Leiharbeitskräfte als Streikbrecher angeheuert.

Cartoon: Reinhard Aiff

Keine Schmutzkonkurrenz mehr

Für fairen Wettbewerb: Allgemeinverbindlichkeit der Druck-Tarifverträge

ver.di hat den Arbeitgeberverband der Druckindustrie aufgefordert, gemeinsam die Allgemeinverbindlichkeit des Lohntarifvertrags und des Manteltarifvertrags zu beantragen. Wenn der Antrag die Zustimmung des zuständigen Tarifausschusses beim Bundesarbeitsministerium findet, würden die wichtigsten Tarifregelungen wieder in allen Betrieben der Druckindustrie gelten. Kurz gesagt: Löhne, Zuschläge und Arbeitszeiten kann der Chef nicht mehr nach Gutdünken bestimmen. Er müsste sich an den Tarifvertrag halten.

Erst kürzlich hat sich ver.di mit der Arbeitgeberseite getroffen und dort die Notwendigkeit für eine Allgemeinverbindlichkeit deutlich gemacht. Betriebe, die nicht tarifgebunden sind, bringen die Beschäftigten um ihren berechtigten Lohn und verhindern einen fairen Wettbewerb in der Branche. Zudem sorgen sie dafür, dass der Ruf der Druckindustrie leidet: Immer weniger junge Menschen interessieren sich für eine Ausbildung in einem Druckbetrieb.

Das haben die Druck-Unternehmer auch selbst verursacht: Der Bundesverband Druck und Medien hat es möglich gemacht, auch ohne Tarifbindung (OT) Mitglied im Arbeitgeberverband zu sein. Die Folge: Tarifgebundene Betriebe im Verband halten sich an den Tarif, andere zahlen ihrer Belegschaft, was sie wollen, und sichern sich bei Kunden allein dadurch einen Vorsprung, indem sie ihre Kosten durch schlechte Löhne niedrig halten können. Mit fairem Wettbewerb hat das nichts zu tun. Unter Schmutzkonkurrenz verstand man lange nur die wenigen Außenseiter der Branche, die sich noch nie um Recht und Gesetz geschert haben. Inzwischen wird die Schmutzkonkurrenz größer. Betriebe ohne Tarifbindung zahlen vielleicht noch annähernd die tariflichen Stundenlöhne, aber oft weder Jahresleistung noch Urlaubsgeld und auch nicht die vollen Zuschläge. Und setzen Leiharbeits- und Werkvertragsbeschäftigte ein, die oft nur den gesetzlichen Mindestlohn erhalten.

Tarifverträge regeln Mindestbedingungen für die Arbeitnehmer/innen. Eine Vereinheitlichung dieser Mindestbedingungen müsste auch im Interesse der Druckbetriebe sein, die sich weiterhin an die Tarife halten. Denn nur so kann der Wettbewerb dort geführt werden, wo er hingehört: bei der Qualität von Kundenbetreuung und -beratung, Druckleistung, Weiterverarbeitung, Logistik und Versand.

Der Bundesverband Druck lehnt die Überlegung nicht grundsätzlich ab, die Tarifregelungen für allgemein verbindlich erklären zu lassen. Aber offenbar ist der Weg innerhalb einiger Landesverbände noch umstritten. Spricht man mit den Geschäftsleitungen tarifgebundener Betriebe, findet sich meist Unterstützung für die Idee, wieder einen fairen Wettbewerb über Tarifverträge herzustellen. Es ist an der Zeit, dass sich diese Druckbetriebe in den Gremien der Arbeitgeber durchsetzen. DRUCK+PAPIER hat um eine Stellungnahme gebeten. Hier die Antworten auf unsere Fragen:

POSITION

Von Sönke Boyens, Vizepräsident und Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses Bundesverband Druck und Medien (BVDM)

DRUCK+PAPIER: *Nicht tarifgebundene Unternehmen in der Druckindustrie verschaffen sich mit Dumpinglöhnen unfaire Wettbewerbsvorteile. Wie wird das von den tarifgebundenen Mitgliedern des BVDM gesehen?*

Boyens: Der BVDM und ver.di müssen gemeinsam die Frage beantworten, wie sie sich die tarifpolitische Zukunft der Druckindustrie vorstellen. Sie müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass ihre Tarifverträge in den Betrieben auch angewendet werden können. Das Tarifwerk der Druckindustrie engt tarifgebundene Betriebe jedoch so stark ein, dass ihre Zukunftsfähigkeit und mit ihr die Arbeitsplätze in der Branche gefährdet sind. Natürlich haben tarifgebundene Unternehmen dadurch einen Wettbewerbsnachteil. Das liegt aber nicht an vermeintlichen Dumpinglöhnen, sondern an einem Niveau des gesamten Tarifwerks, das deutlich über die Tragfähigkeit vieler Druckereien hinausgeht.

ver.di hat vorgeschlagen, die wichtigsten Tarifregelungen für allgemein verbindlich erklären zu lassen. Dann müssten sich alle Druckbetriebe an die Regeln halten. Wie steht der Verband zu diesem Vorschlag?

Die Tarifverträge können in ihrer heutigen Form ganz sicher nicht verbindlicher Standard der Zukunft für die gesamte Druckindustrie sein. Tarifbindung allein durch Zwang statt durch die Schaffung wirtschaftlich tragfähiger Rahmenbedingungen zu steigern, entspricht nicht den Vorstellungen des BVDM von Tarifautonomie. Wir können die Unternehmen nur davon überzeugen, dass flächentarifvertragliche Regelungen ein hohes Gut sind, wenn dadurch gute und zukunftssichere Rahmenbedingungen für Arbeitnehmer und Unternehmen erreicht werden. Wir begrüßen es daher, wenn sich ver.di zu der Notwendigkeit einer Reform der tariflichen Rahmenbedingungen bekennt. Wenn wir diese erreichen, werden wir auch einen Weg zur Erhöhung der Tarifbindungsquote finden.

MEIN STANDPUNKT

Was hältst du von ver.di-Aktionswochen?

Reinhard Papenfuß,
Betriebsratsvorsitzender der Walki GmbH in Steinfurt

Wir haben in unserem Betrieb seit Längerem erstmals bei einer Aktionswoche mitgemacht. Unsere ver.di-Betreuungssekretärin hat uns motiviert. »Gute Arbeit – ohne Druck« war diesmal das Motto. Neben roten Bällen haben wir auch das Booklet »Gegen Druck hilft Gegendruck« verteilt und versucht, mit den Kollegen über die Gewerkschaft ins Gespräch zu kommen. Ich finde es wichtig, in ver.di organisiert zu sein. Denn ohne Gewerkschaft gibt es keine Tarifverträge und auch keine starken Betriebsräte – und dann wären die Beschäftigten Freiwild.

Leider sind bei uns eigentlich zu wenige organisiert. Wenn es aber zum Streik kommt, steht die ganze Mannschaft dahinter – zumindest im Arbeiterbereich kommen dann alle raus. Manche sind aufgrund alter Geschichten nicht mehr bei ver.di, andere sehen nicht die Notwendigkeit, sich zu engagieren. Das hat wohl auch damit zu tun, dass die Welt bei uns einigermaßen in Ordnung ist. Leiharbeit gibt es nicht. Der Arbeitsdruck ist meistens erträglich, wenn nicht gerade viele Kollegen wegen Krankheit ausfallen.

Der Betriebsrat hat die Dinge zusammen mit ver.di ganz gut im Griff. Zum Beispiel haben wir gerade erfolgreich darauf gedrängt, sechs befristete Kollegen zu übernehmen. Ein Problem ist aber, dass in den nächsten Jahren einige in Rente gehen – auch aktive Gewerkschafter und Betriebsräte. Diesen Generationenwechsel müssen wir hinbekommen. Wir wollen vor allem auf die Jüngeren zugehen und ihnen klarmachen, dass sie sich engagieren müssen. Und dazu gehört eben auch, in der Gewerkschaft zu sein. Solche thematischen Aktionen, zu denen es spezielles Material gibt, können helfen, das rüberzubringen. Machen muss man es aber schon selbst im Betrieb.

(Protokoll: -dab)

TARIFRUNDE

Mehr Geld!

Ab Frühjahr geht es in der Druckindustrie um Klartext statt Behauptungen | MICHAELA BÖHM

Im März 2016 läuft der Tarifvertrag über Löhne, Gehälter und Auszubildendenvergütungen in der Druckindustrie aus. Zum gleichen Zeitpunkt wird auch die IG Metall für höhere Entgelte in der Metall- und Elektroindustrie streiten. DRUCK+PAPIER ahnt bereits, welche Behauptungen die Arbeitgeber der Druckindustrie in der neuen Lohnrunde vorbringen werden, und entkräftet sie sogleich.

Einwand 1: Es gibt keinen Grund für eine Lohnerhöhung. Die Verbraucherpreise (Inflationsrate) liegen extrem niedrig. Sie sind im Vergleich zum Vorjahr nahezu gleich geblieben.

Richtig ist, dass sich die Inflationsrate auf niedrigem Niveau bewegt. Aber um die zu errechnen, werfen Statistiker sämtliche Preise von Gütern und Dienstleistungen zusammen und errechnen den Mittelwert. Gesunken sind zwischen Oktober 2014 und Oktober 2015 beispielsweise die Preise für Unterhaltungselektronik, Flugtickets und Telefone. Gestiegen sind aber die Preise für Lebensmittel, für Bekleidung und Schuhe sowie die Mieten. Also mal ehrlich: Wie oft kauft jemand eine Spielkonsole und ein Handy? Und wie oft stehen Obst, Gemüse und Schuhe für die Kinder auf dem Einkaufszettel? Und wie sollen sich Beschäftigte die hohen Mieten leisten? Lauter Gründe, um mehr Lohn zu fordern.

Einwand 2: In der letzten Drucktarifrunde haben die Beschäftigten im Mai 2014 drei Prozent mehr Lohn erhalten und im April 2015 ein weiteres Prozent. Da ist im nächsten Jahr nichts mehr drin.

Daran stimmt nur eins: Es wurde Zeit, dass die Beschäftigten in der Druckindustrie endlich mehr Lohn erhalten haben. Ein Vergleich: Während die Löhne in der Metall- und Elektroindustrie zwischen 2005 und 2012 um 18 Prozent gestiegen waren, mussten sich die Beschäftigten in der Druckindustrie für den gleichen Zeitraum mit einem Lohnplus von zehn Prozent zufriedengeben. Um nicht abgehängt zu werden, war es dringend nötig aufzuholen. Und das ist noch längst nicht geschafft. In den Jahren davor waren immer nur niedrige Lohnabschlüsse erzielt worden. Und zwar deshalb, weil sich die streikenden Belegschaften darauf konzentrieren mussten, die Zumutungen der Arbeitgeber bei Arbeitszeiten, Zuschlägen und Maschinenbesetzungen abzuwehren.

Einwand 3: Die Druckindustrie steckt in der Krise. Die Druck- und Medienhäuser schätzen die Geschäftslage als schlecht ein. Selbst wenn die Auftragsbücher voll sind, sind damit nicht automatisch Gewinne verbunden. Denn für unsere Produkte sind auf dem Markt keine höheren Preise durchzusetzen.

Erstens: Den Preisverfall haben nicht die Beschäftigten zu verantworten. Den haben sich die Unternehmen selbst eingebrockt, weil sie seit Jahren versuchen, der Konkurrenz durch noch niedrigere Preise Aufträge abzujagen. Um weiterhin Gewinne zu machen, wurde massenhaft Personal abgebaut. Beschäftigte sind nicht bereit, für diese falschen Unternehmensentscheidungen zu büßen. Sie tragen schon die Lasten enormer Leistungsverdichtung, weil mit deutlich weniger Beschäftigten nahezu die gleiche Arbeit gemacht werden muss.

Zweitens: Der Erhalt von Arbeitsplätzen lässt sich nicht durch niedrige Lohnabschlüsse erreichen. Das hat noch nie funktioniert. Dafür muss man sich nur einmal die Entwicklung in der Druckindustrie seit 2005 anschauen: 2.000 Betriebe sind seitdem von der Bildfläche verschwunden und 30.000 Arbeitsplätze dazu. In den Jahren mit den niedrigsten Lohnerhöhungen wurden die meisten Arbeitsplätze vernichtet.

Einwand 4: Die tarifgebundenen Betriebe können auf dem Markt kaum noch mithalten, weil tariflose Unternehmen zu günstigeren Konditionen drucken können.

Das wissen wir. Und deshalb hat ver.di dem Arbeitgeberverband vorgeschlagen, gemeinsam einen Antrag auf Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge zu stellen. Mit dem Ziel, dass die gesamte Lohntabelle für alle Druckbetriebe von Nord nach Süd und von West nach Ost gelten würde. Jeder Beschäftigte würde Tariflohn erhalten, unabhängig davon, ob sich der Arbeitgeber dem Tarif verweigert. Und wenn alle Unternehmen den gleichen Lohn bezahlen, können sich Unternehmer wieder darauf konzentrieren, den Wettbewerb über hervorragende Produkte und exzellente Dienstleistungen auszutragen und nicht über schlechte Löhne.

Die ver.di-Tarifkommission trifft sich Mitte Februar 2016 und wird die Lohnforderung für die Tarifrunde in der Druckindustrie beschließen.

ABSCHIED

Es soll weitergehen

Die 9. Druckertage waren leider die letzten in Lage-Hörste

Die Druckertage sind ein Markenzeichen. Für die ver.di-Mitglieder aus der Druckindustrie und darüber hinaus gingen sie vom 13. bis 15. November in die neunte Runde. Man erfährt Neues, debattiert mit kompetenten Fachleuten, knüpft Kontakte und tauscht sich über Aktuelles aus Betrieben, Branchen und Gesellschaft aus. So auch diesmal. Doch zur Marke gehörte bisher untrennbar das ver.di-Bildungszentrum in Lage-Hörste. Wegen des Schließungsbeschlusses war es ein Abschied vom angestammten Veranstaltungsort. Und die Druckertage waren ausgebucht. Um »Gewerkschaftliche Bildung – Wo kommen wir her, wo wollen wir hin?« ging es thematisch. Das Haus und seine Beschäftigten waren ständig Teil der Debatte. Von Heimatgefühl, »Bildungsurlaub bei Freunden« und Herzlichkeit, die so anderswo schwer zu finden sei, kündigten Sprüche an den Wänden. Ein gerade fertiggestellter Film über das Heinrich-Hansen-Haus, seine Geschichte und seine Nutzer bewegte Teilnehmer und Beschäftigte zusätzlich.

Abends war Feiern angesagt. Mit dabei: »Nah dran«, Gunnar Wagner und Uwe Diederich aus Potsdam, mit flotten Rhythmen und nachdenkenswerten Texten.

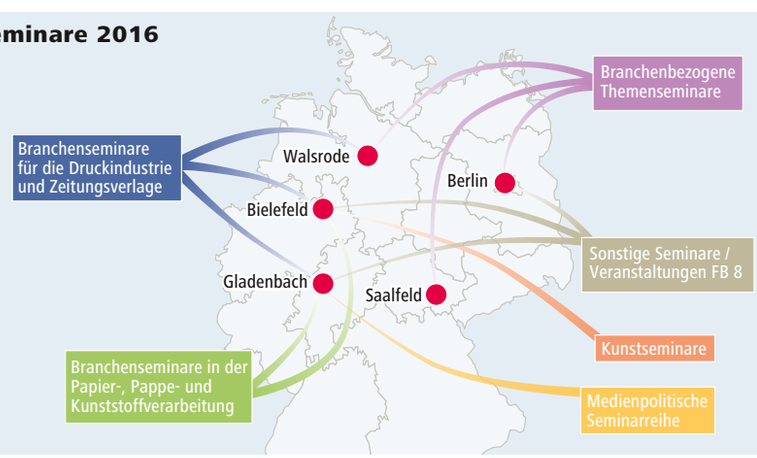
Fotos (2): Wolfgang Benning

Dennoch dominierte kein Abschiedsblues. Andreas Michelbrink, Leiter der ver.di GewerkschaftsPolitische Bildung, ließ Entwicklungen und Formen der Bildungsarbeit in den Fachbereichen Revue passieren, nannte jährlich 10.000 Teilnehmer in der zentralen Bildungsarbeit und beleuchtete Finanzierungstöpfe. Dass vor Ort dennoch die Mittel nicht immer reichen und oft keine Grundlagen mehr vermittelt werden, merkte er kritisch an.

Zur konkreten Situation der Beschäftigten und zur Tarifarbeit in Druckindustrie, Verlagen und Papierverarbeitung ergänzte ver.di-Fachgruppenleiter René Rudolf – auch zu den bisherigen Seminaren und ihrer Weiterführung in anderen ver.di-Häusern (siehe Grafik). Die Bedeutung der Bildungsarbeit für die Tarifbindung betonte Karin Wagner aus Potsdam; andere Teilnehmer forderten, mehr aktuelle Themen in die Programme aufzunehmen oder übergreifende Seminare zu öffnen und mehr auf strategische Fragen zu konzentrieren.

Dass das Aus für das Hansen-Haus die Druckertage nicht grundsätzlich infrage stellen dürfe, war am Ende Konsens. Der Plan lautet: 10. Druckertage vom 14. bis 16. Oktober 2016 in Gladenbach.

Seminare 2016



Nach der Schließung von Lage-Hörste werden die Seminarreihen und Veranstaltungen der Fachgruppe 2016 aufgeteilt. Die Karte zeigt, in welche ver.di-Bildungsstätten die einzelnen Kurse stattfinden werden. Detaillierte Angaben dazu auch unter den Terminen auf Seite 15.

DANK ANS TEAM

Verhandlungserfolg

Bei den Druckertagen gab es auch ein großes Dankeschön für das Team der ver.di-Bildungsstätte in Lage-Hörste. Vierzehn der 25 Beschäftigten konnten bei der Abendveranstaltung für dieses Foto versammelt werden.

Inzwischen stehen die Verhandlungen zu Interessenausgleich und Sozialplan für die Belegschaft kurz vor dem Abschluss. Als »beachtlichen Verhandlungserfolg« sieht Betriebsratsvorsitzende Regina Gorsboth, dass ein Großteil der Beschäftigten unter gleichen Konditionen ins »Bunte Haus« von ver.di nach Bielefeld-Sennestadt wechseln wird. »Der Gesamtbetriebsrat hat uns massiv unterstützt«, sagt die Interessenvertreterin.

Mit dem Lasso eingefangen

60 Jahre Anwerbeabkommen mit Italien: Vier Millionen kamen, um zu arbeiten | MICHAELA BÖHM

»Geh nach Deutschland und du bist ein gemachter Mann!« Vier Millionen Italiener sind seit den 50er- und 60er-Jahren dem Versprechen gefolgt und in die Bundesrepublik gekommen. Sie wollten arbeiten und dann wieder in die Heimat zurückkehren, um ein Haus zu bauen und Land zu kaufen. Viele von ihnen sind tatsächlich zurückgegangen. Salvatore Morello, Salvatore Scifo und Carmine Nappi nicht. Sie arbeiteten in der Druckerei der »Frankfurter Rundschau« und gehören schon zur zweiten Generation der Einwanderer. Die Bundesrepublik hat mit Italien genau vor 60 Jahren ein Anwerbeabkommen abgeschlossen, weitere mit Spanien, Griechenland und anderen Ländern folgten.

Auch die Eltern von Salvatore Morello hatten nicht vor, in Deutschland zu bleiben. Sie arbeiteten in einer Kosmetikfirma im hessischen Sprendlingen und wollten schnell Geld verdienen, um sich ein Leben in Gela aufzubauen, einer Stadt im Süden Siziliens. Ihren Sohn ließen sie bei den Großeltern zurück. »Das

Salvatore Morello, 57, hätte gern einen Beruf erlernt, doch das schnelle Geld zog ihn nach Deutschland.

war schwer«, erinnert sich Salvatore; auch wenn die Großeltern ihr Bestes gaben, »die Liebe der Eltern fehlte mir.«

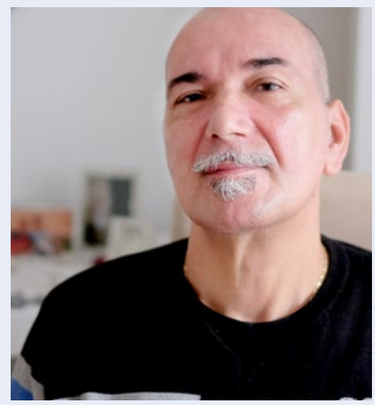
So wie ihm erging es vielen Kindern. Vater und Mutter schufteten in den Fabriken und weil es kaum Kindergartenplätze in der Bundesrepublik gab, wuchsen die Kinder oft bei den Großeltern in Italien auf. Mit 16 Jahren entschied Salvatore Morello, auch »sein Glück da oben« zu versuchen, da oben in Deutschland. Ohne ein Wort Deutsch zu können. »Das war hart«, sagt er. »Der Horror«, erzählt Carmine Nappi, geboren in Marzano di Nola bei Neapel. Elf Jahre war er alt, als ihn seine Eltern nach Deutschland holten. Er verstand kein Wort und war der einzige Ausländer unter 43 Kindern in seiner Klasse in Frankfurt.

Salvatore Morello fand sofort Arbeit. Als die Firma umzog, hatte er schnell einen Job in einem anderen Betrieb und wechselte später in die Druckerei der »Frankfurter Rundschau«, wo er schließlich 36 Jahre bis zur Insolvenz blieb.

Es war die Zeit des sogenannten Wirtschaftswunders, als sich die Industrie in Deutschland unersättlich Arbeitskräfte einverleibte. »Arbeit zu finden, war kein Problem«, erzählt schließlich ein weiterer Sizilianer. »Die haben uns mit dem Lasso von der Straße eingefangen.« Keiner der drei erinnert sich, jemals weniger verdient zu haben als ein Deutscher, der die gleiche Arbeit verrichtete.

Aus einem einfachen Grund: Die Bundesregierung fragte 1955 beim DGB, ob der einverstanden sei, 28.000 Landarbeiter aus Italien anzuwerben. Der Deutsche Gewerkschaftsbund stimmte zu, aber nur unter der Voraussetzung, dass die italienischen den deutschen Arbeitnehmern gleichgestellt werden. »Um zu verhindern, dass sie von den Arbeitgebern übers Ohr gehauen werden«, schrieb Heinz Richter vom DGB unverblümt. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Carmine Nappi, 58, war mit elf der einzige Ausländer in der Klasse; später lernte er Dreher.



Fotos (3): Stephan Morgenstern

Der Sizilianer Salvatore Scifo, 59, kam mit Eltern und neun Geschwistern nach Neu-Isenburg.

Weil die sogenannten Gastarbeiter oft als ungelernte Arbeiter gekommen waren, wurden sie in die unteren Tarifgruppen eingruppiert. Häufig erledigten sie die besonders schmutzige und gefährliche Arbeit, für die es Zulagen gab. Ihre Renten sind nicht üppig, im Durchschnitt betragen sie heute 900 Euro.

Mit offenen Armen wurden Italiener nicht immer empfangen. Manch ein Wirt ließ sie nicht in die Gaststube, manch ein Vermieter hieß zwar Haustiere willkommen, nicht aber Italiener. Salvatore Scifo, der wie Morello und Nappi als Helfer in der Druckerei der »Frankfurter Rundschau« gearbeitet hat, kann sich an schlechte Erfahrungen nicht erinnern. »Naja«, sagt er nach einer Pause, »Italiener Spaghettifresser zu nennen, war üblich, genauso, wie ihnen nachzusagen, dass sie den Deutschen die Mädchen wegnehmen.« Scifo hat bei den Streiks in der »Frankfurter Rundschau« – »ich war immer dabei« – oft seine Gitarre ausgepackt. »Die deutschen Leute haben gesungen.« Italienische Schlager und noch ein Lied hat er ganz oft angestimmt: »35 Stunden sind genug.«

MELDUNGEN

Neues DuMont-Druck-Konzept

Das im Herbst verabschiedete Konzept »DuMont Druck 2018« wurde inzwischen auch den Beschäftigten der Kölner Druckerei vorgestellt. Nach Aussage des Betriebsrates sei es Ziel, »das Druckzentrum ohne Stellenabbau wettbewerbsfähig aufzustellen«. Im Dezember soll es Gespräche mit ver.di geben, um auch tarifliche Fragen zu erörtern. DuMont wolle im Druckzentrum effizientere Leitungshierarchien schaffen, nach außen vergebene Druckaufträge zurückholen und neue Kunden werben, heißt es.

Stellenabbau in Stuttgart

Die Unternehmensberatung Schickler hat Arbeitsprozesse bei der Südwestdeutschen Medienholding (»Stuttgarter Zeitung«, »Stuttgarter Nachrichten«) durchleuchtet. Danach sollen im gesamten Verlagsbereich in den kommenden zwei Jahren über 70 Stellen gestrichen werden. Das betrifft vor allem Anzeigenbearbeitung, Rechnungswesen, Controlling und Leserservice.

PERSONALIE

Ludwig geht vorzeitig

Den Betriebsratsvorsitz beim Süddeutschen Verlag Zeitungsdruck hat er schon abgegeben, auch sein Mandat als Konzernbetriebsratsmitglied legt er nieder: Das Münchner ver.di-Urgestein Ludwig Hankofer, 60, geht vorzeitig in Rente, will sich mehr um die betagten Eltern kümmern; einen Hund hat sich die Familie auch schon ausgesucht. Als ver.di-Landesfachbereichsvorsitzender bleibt er den Kolleginnen und Kollegen in Bayern noch etwas erhalten, aber auch in der ver.di-Bundestarifkommission Druckindustrie wird er allen sehr fehlen.

Chemie im Frühstückssaft

Angaben über Schadstoffe in Lebensmittelverpackungen sind nun kein »Betriebsgeheimnis« mehr | LAURA MESCHEDE

Die Druckchemikalie ITX im Orangensaft? Klingt nicht nur ungesund, ist es auch. Dank eines Grundsatzurteils kann man jetzt herausfinden, wie stark Lebensmittel durch die Chemikalien der Verpackung belastet werden. Am Grundproblem ändert das allerdings noch nichts.

Kritische Konsumenten fragten sich schon lange: Befinden sich Chemikalien aus der Verpackung in meinem Orangensaft oder meiner Tafel Schokolade? Sind sie gesundheitsschädlich? Der Verdacht, dass an solchen Befürchtungen etwas dran sein könnte, kam der Deutschen Umwelthilfe im Jahr 2006. Erste Untersuchungen hatten ergeben, dass verschiedene Säfte aus Getränkeverpackungen mit Chemikalien belastet waren. Aber wie stark? Und wie viele Lebensmittel waren betroffen? Das Bundesverbraucherschutzministerium unter Horst Seehofer wollte damals keine Angaben machen – ein »Betriebsgeheimnis« sei das, weil sich aus den Belastungen eventuell erkennen ließe, mit welchen Druckchemikalien gearbeitet worden sei.

Informationsrecht gestärkt

Der Verbraucherschutzverband klagte auf Offenlegung der Chemiebelastung in Getränkekartons. Verpackungs- und Lebensmittelkonzerne liefen Sturm. Nach neun Jahren durch alle Instanzen gewann die Umwelthilfe jetzt den Rechtsstreit. Das Bundesverwaltungsgericht stärkte im Juni 2015 die Informationsrechte der Verbraucher. Nun kann jeder herausfinden, was aus Getränkekartons für Belastungen ins Glas fließen oder auf dem Teller landen (siehe Interview).

Offenbar sind die nicht ohne: Die Umwelthelfer geben an, in einigen Lebensmitteln Chemikalien in einer Menge gefunden zu haben, die die empfohlenen Richtwerte um das 83-Fache übersteigt. Manche der gefundenen Stoffe gelten als krebserregend. Von anderen ist nicht einmal bekannt, welche Wirkung sie auf Menschen haben. »Davor schützen auch Plastikbeutel nicht, wie wir sie zum Beispiel in Cornflakes oder Reispackungen haben«, sagt Thomas Fischer von der Deutschen Umwelthilfe. »Chemikalien aus der Verpackung können ausdünsten und als Gasphase trotz Foliensäcken auf die Lebensmittel übergehen.«

Rechtsnorm wird gebraucht

An dieser Gefährdung ändert auch das Gerichtsurteil aus Leipzig nichts. »Wenn solche Chemikalien in Lebensmitteln festgestellt werden, dann ist es meistens schon zu spät. Die belasteten Produkte befinden sich häufig schon in den Regalen – oder, schlimmer, in der Kehle des Verbrauchers«, sagt Fischer. So richtig feiern will man den Erfolg beim Verbraucherschutzverband deswegen nicht. Man ist überzeugt: »Solange wir keine Druckchemikalienverordnung haben, die krebserregende Stoffe verbietet, wird das Problem von Übergängen auf Lebensmittel bestehen bleiben.«

Wie kommen die Chemikalien in die Lebensmittel?
Im Wesentlichen auf zwei Wegen:

Der sogenannte **Abklatscheffekt** bezeichnet den Vorgang, wenn beim Druck die Außenseite einer Verpackung die Innenseite einer anderen Verpackung berührt – dabei können Druckchemikalien auf die unbedruckte Innenseite übergehen. Wenn dort keine Schutzschichten vorhanden sind, können Druckchemikalien dann durch die Verpackung hindurch Lebensmittel belasten.

In recycelten Kartonverpackungen finden sich zudem oft **mineralölhaltige Rückstände**. Sie stammen aus dem Altpapier, unter anderem von Zeitungen. Deren Druckfarbe verschwindet durch den Recyclingvorgang nicht vollends. Mineralöle können so aus der Verpackung auf die Lebensmittel übergehen. Eine Lösung wäre es, wenn Verlagshäuser Öko-Druckfarben verwenden würden, doch die sind teurer.

INTERVIEW MIT THOMAS FISCHER

»Jeder kann nachfragen«

Thomas Fischer, Bereichsleiter Kreislaufwirtschaft bei der Deutschen Umwelthilfe e.V.

Foto: Deutsche Umwelthilfe e.V.

DRUCK+PAPIER: *Was bedeutet das Urteil des Bundesgerichtshofes konkret für den Verbraucher?*
Fischer: Seit der Gerichtsentscheidung kann jeder Bürger auf Basis des Verbraucherinformationsgesetzes eigenständig beim Bundeslandwirtschaftsministerium nachfragen, welche Schadstoffe in welchen Konzentrationen bei behördlichen Kontrollen in Lebensmitteln festgestellt worden sind. Die Länder führen dazu stichprobenartige Untersuchungen durch; die kann man jetzt abfragen.

Wie müsste das praktisch laufen?
Das geht formlos per E-Mail. Wichtig ist, dass man konkret bleibt und den Zeitraum eingrenzt. Also zum Beispiel: »Welche Untersuchungen zu Schadstoffbelastungen in Getränkekartons wurden seit 2008 durchgeführt und was haben sie ergeben?« Die Antwort des Ministeriums kommt dann innerhalb der nächsten vier Wochen.

Ist das nicht ganz schön aufwendig?
Die Deutsche Umwelthilfe stellt regelmäßig Anfragen zur Chemikalienbelastung von Lebensmitteln und Verpackungen. Verbrauchern, denen das Stellen eines Antrags zu umständlich ist, helfen wir gern mit den uns vorliegenden Informationen weiter.

BEISPIEL SMURFIT KAPPA

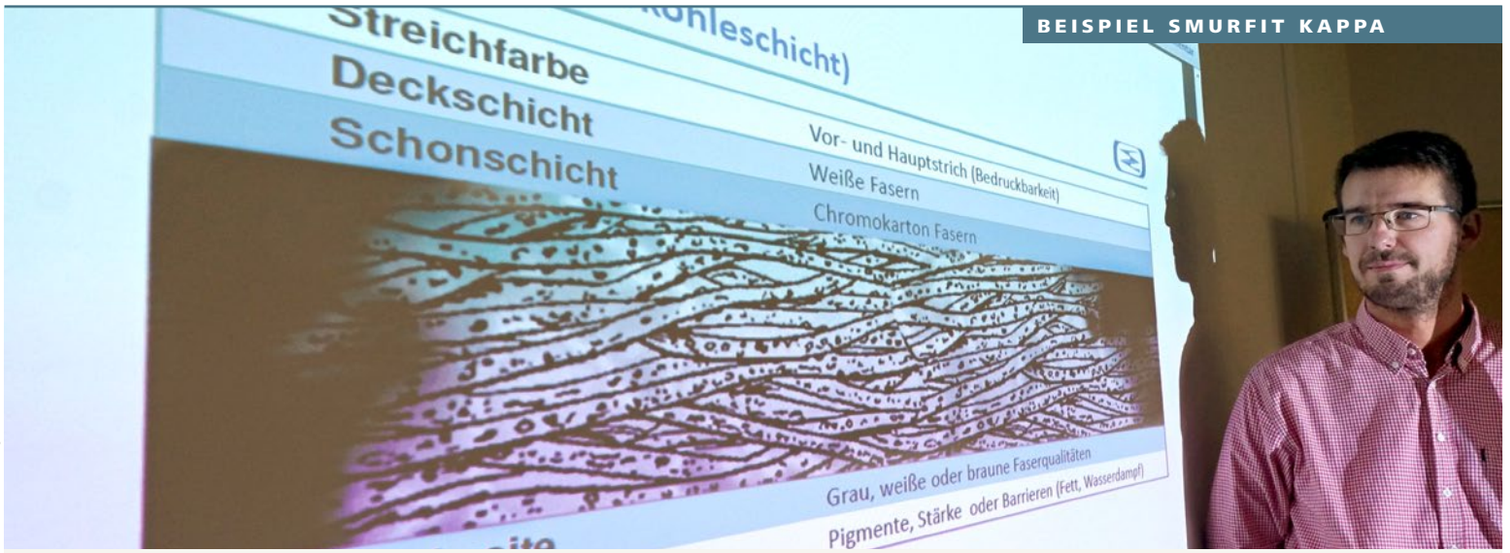


Foto: Eckhard Stengel

Mirko Ehlers, Innendienstleiter bei Smurfit Kappa Hoya, erläutert den Aufbau von »MB 12«.

Karton mit eingebautem Stoppschild

Da gibts keine Mineralölrückstände in der Adventsschokolade mehr | ECKHARD STENGEL

Aktivkohle steckt in Atemschutzmasken, in Einlegesohlen, in Durchfalltabletten – und jetzt auch in Verpackungen: In einer Papier- und Kartonfabrik im niedersächsischen Hoya, die zum Smurfit-Kappa-Konzern gehört, wurde ein Karton entwickelt, der Lebensmittel fast hundertprozentig vor Chemikalien und Gerüchen aus der Umgebung schützen soll. »Catcherboard MB 12« heißt die Neuheit.

Was in ihr steckt, ist kein Geheimnis: eine Lage Aktivkohle. Die Firma verrät aber nicht, wie die Kohle in den Karton kommt. Zuständig dafür ist die »Eurolady« – eine dreistöckige Kartonmaschine von 1957. An einem Ende der 150 Meter langen Anlage drehen sich neun »Rundsiebformer«. Sie produzieren neun Papierlagen und pressen sie zu einer endlosen Kartonbahn zusammen. Irgendwo hier, für Laien nicht erkennbar, wird die Aktivkohleschicht zugefügt.

Auf den ersten Blick sieht das fertige Produkt genauso aus wie andere Lebensmittelverpackungen. Nur wenn man die Ecken anreißt, zeigt sich: Innen ist das Material etwas dunkler als gewohnt. Und warum eigentlich »MB 12«? »Das steht für Mineralöl-Barriere 2012«, erläutert Innendienstleiter Mirko Ehlers. Die Aktivkohle soll vor allem jene Mineralölbestandteile fernhalten und absorbieren, die aus der Druckfarbe stammen, sei es von der Kartonaußenseite oder von den verwendeten Altpapierfasern.

2012 war das Jahr, in dem die Experten aus Hoya mit der Entwicklung begannen. Damals hatte die Stiftung Warentest gerade Mineralölrückstände in Adventskalender-Schokolade entdeckt. Auch andere Fachleute schlugen Alarm. Ehlers: »Da sind wir hart mit uns ins Gericht gegangen und haben uns gefragt: Wie können wir diese Werte minimieren?« Andere Hersteller fragten sich das auch. Deren Lösung: die Verpackungen mit einer Kunststoffschicht präparieren. »Wir sind die einzigen, die Aktivkohle verwenden und sie direkt ins Papier einbringen«, meint Ehlers. »Wir bauen direkt vor dem Lebensmittel das Stoppschild ein.« Die Barriere funktioniere auch dann, wenn der Karton gefaltet werde, während Außenbeschichtungen dabei beschädigt werden könnten, erklärt man in Hoya.

Ein Wunderzeug, das schützt

Die Papiermacher haben zwar den Eindruck, dass Druckereien zunehmend mineralölarme oder -freie Farben verwenden. Aber damit allein sei das Problem noch nicht gelöst. Denn, so Ehlers: »Der Karton atmet ja.« Wenn also neben der Pizza ein folienverpacktes Produkt liegt, könnten dessen Weichmacher-Ausdünstungen auf den Teigfladen übergehen. Und in Tankstellenshops droht Gefahr durch Benzoldämpfe. »MB 12« biete auch gegen all diese Gase einen fast hundertprozentigen Schutz, versichert Werksleiter Armin Buschmann. Warum seine Firma fast eine Million Euro in die Neuentwicklung investiert hat, begründet er so: »Wir sind bei Faltschachteln ein eher kleiner Hersteller und besetzen gerne Nischen. Dadurch können wir uns von anderen abheben.«

Foto: Smurfit Kappa

Seit 2013 wurde die Neuentwicklung zunächst getestet: von ausgewählten Kunden in der Praxis und von Wissenschaftlern der TU Dresden im Labor. Die Ergebnisse waren so ermutigend, dass seit 2015 laut Ehlers »ein gutes halbes Dutzend großer europäischer Lebensmittelhersteller« den neuen Karton verwendet – auch wenn er mindestens zehn Prozent teurer ist als eine herkömmliche Verpackung. Damit sind die Konzerne gerüstet für den Fall, dass die EU irgendwann Grenzwerte für die »Mineralölmigration« festlegt.

In Russland, den USA und einzelnen anderen Ländern hat sich das Unternehmen die neue Methode bereits patentieren lassen. Beim Europäischen Patentamt ist das Verfahren noch im Gange. Bei der EU geht's halt nicht so schnell – weder mit Grenzwerten noch bei Patenten.

Die 340 Papiermacher aus Hoya können auch schon Zertifikate und Auszeichnungen für »MB 12« vorweisen. Aber ist die verwendete Aktivkohle wirklich unbedenklich? Ja, meint Ehlers. Kohlekompretten werden ja sogar geschluckt. Nur wenige Gramm Aktivkohlekörnchen haben eine aufsaugfähige Oberfläche, die so groß ist wie ein ganzes Fußballfeld: »Das ist schon ein Wunderzeug.«

GEWERKSCHAFT

Von langer Hand geplant

Union Busting: Gewerkschaften sollen ins Leere laufen, Aktive ausgegrenzt werden | STEFAN AIGNER

Fast 25 Jahre war Alfred Pfeffer beim Verlag der »Mittelbayerischen Zeitung« beschäftigt, als er am 17. August eher zufällig erfuhr, dass er ab 1. September keine Arbeit mehr haben wird. Kurz zuvor liefen noch Verhandlungen über einen Haustarif. Die Zeitungsfertigmacherei war erst 2014 in eine eigene Gesellschaft ausgelagert worden. Und Pfeffer – immerhin Betriebsratsvorsitzender – befand sich gerade zur Kur, als seine Kollegen zusammengeholt und darüber informiert wurden, dass das Unternehmen stillgelegt wird. Zufall? Die vorgebliche Begründung für das Aus: mangelnde Rentabilität. »Dabei waren die Auftragsbücher voll und die Maschinen liefen rund um die Uhr«, sagt Pfeffer. Die Maschinen laufen nach wie vor. Allerdings wird die Arbeit nun über eine andere Tochtergesellschaft des Verlages erledigt – und größtenteils von »günstigeren« Leiharbeitern.

Das hat Methode

Für ver.di-Gewerkschaftssekretär Pascal Attenkofer liegt der Fall klar: »Das war von langer Hand vorbereitet. Man wollte die langjährigen und gewerkschaftlich gut organisierten Beschäftigten einfach loswerden, um die Rendite zu erhöhen.« Von Verlagsseite seien die Haustarif-Verhandlungen zunächst immer wieder verzögert worden. »Ein Altersteilzeittarif wurde zwar abgeschlossen, aber dann niemandem bewilligt.« Schließlich erklärte die Geschäftsführung ihren Übertritt zum Arbeitgeberverband Papier, Pappe und Kunststoffverarbeitung, was rund 20 Prozent weniger Lohn bedeutet hätte. Zeitgleich zu den Verhandlungen mit Gewerkschaft und Betriebsrat wurden über andere Unternehmen längst Leiharbeiter angeworben und angelernt. »Nachdem das abgeschlossen war, brach die Geschäftsführung die Verhandlungen ganz ab«, sagt Attenkofer. »Auf unsere Angebote, zum Beispiel für einen Überleitungstarif, wurde nicht mehr eingegangen.« Stattdessen ging die Botschaft an Betriebsrat und Gewerkschaft: Das Unternehmen wird stillgelegt und ihr seid draußen. Attenkofer: »Das war Union Busting wie aus dem Lehrbuch.«

Mit der praktischen Umsetzung hat der Verlag einen Rechtsbeistand beauftragt: Professor Johannes Weberling ist ein renommierter Presserechtler. Weniger bekannt ist seine Tätigkeit als kompromissloser Arbeitgeberanwalt für Zeitungsverlage. Berliner Verlag, Nordkurier, DuMont Schauberg, Weser-Kurier und Küster Pressedruck lauten die Namen einiger Häuser, für die Weberling tätig war. Immer ging es um Auslagerung, Tarifflucht und die Verschlechterung von Arbeitsbedingungen. Der Publizist Werner Rügemer bezeichnet Weberling als »Dampframme in der Druckbranche«.

Foto: Stefan Aigner

Die Beschäftigten des Druckservice Regensburg wehrten sich mit mehreren Aktionen gegen ihre Abwicklung. Nun klagen sie.

Die Kölner Initiative »work-watch« untersucht seit 2012 Fälle, in denen Arbeitgeber mit rechtlich fragwürdigen Methoden gegen unliebsame Beschäftigte oder Betriebsräte vorgehen. Auch dort ist der Jurist schon massiv aufgefallen, bestätigt Albrecht Kieser: Weberling sei »der Typ Wirtschaftsanwalt, der sich besonders der Zerschlagung und Auslagerung« von Betriebsteilen widmet. »Das ist eine starke Waffe der Unternehmen, weil hier die normalen Mitbestimmungsrechte meist nicht greifen. Dafür ist Weberling offensichtlich Experte.«

Offen oder in der Grauzone

Generell hat sich mittlerweile ein lukratives Geschäftsfeld entwickelt, auf das Arbeitgeber zurückgreifen können, um engagierte Gewerkschafter und Betriebsräte aus ihren Unternehmen zu drängen.

Unter Titeln wie »Kündigung von Unkündbaren« oder »In Zukunft ohne Betriebsrat« werben berüchtigte Juristen wie Helmut Naujoks oder die Kanzlei Dr. Schreiner + Partner ganz offen für ihre Publikationen und Seminare. »Arbeitgeber können Schulungen für ihre Führungskräfte buchen oder sich ausgebildete Kräfte in den Betrieb holen, um gegen Betriebsräte vorzugehen. Da ist auch die Brücke zum Mobbing schnell geschlagen«, weiß Albrecht Kieser.

Agieren auch unter Tarnkappe

Ein wichtige Rolle beim Union Busting spielen aber auch arbeitgeberfinanzierte Universitätsinstitute wie beispielsweise das Zentrum für Arbeitsbeziehungen und Arbeitsrecht (ZAAR) in München. Es wird seit 2004 unter anderem aus Mitteln des Verbandes der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie finanziert. Unter universitärer Tarnkappe wird hier gegen Arbeitnehmerrechte und Mindestlohn agitiert. Arbeitgeber, aber auch Arbeitsrechtler können hier Rat zur Umgehung des Prinzips »gleicher Lohn für gleiche Arbeit«, über Werkverträge oder zur Vermeidung von Mitbestimmung einholen. »Solche Institute sind ein Scharnier zwischen bösen Buben wie Naujoks und den vermeintlich Sauberen«, sagt Kieser.

Wie die unternehmerischen Strategien und die juristischen Schachzüge im Mittelbayerischen Verlag zu beurteilen sind, bei denen Rechtsanwalt Weberling eine maßgebliche Rolle spielt, darüber entscheidet im kommenden Jahr das Arbeitsgericht. Alle Beschäftigten haben gegen ihre Kündigung geklagt. Gewerkschaftssekretär Attenkofer warnt: »Wenn man in Regensburg damit durchkäme, dann könnte das Vorgehen bei anderen Verlagen Schule machen.«

INTERVIEW

Eine ganze Dienstleistungsbranche steht bereit

DRUCK+PAPIER: *Was genau ist Union Busting?*
Werner Rügemer: Der Begriff stammt aus dem USA und bedeutet wörtlich übersetzt »Gewerkschaften zerstören«. In Deutschland gibt es dazu mittlerweile eine regelrechte Dienstleistungsbranche: Anwaltskanzleien, die Unternehmer schulen und beraten, Wirtschaftsdetektive, die nach Kündigungsgründen suchen, Medienkanzleien, die Betriebsräte mit Unterlassungsklagen bedrohen, wenn sie sich öffentlich äußern. Es gibt Organisationen wie die Bertelsmann- und die Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftung oder arbeitgeberfinanzierte Universitätsinstitute wie ZAAR, die Lobbyarbeit leisten und Schulungen anbieten. Und es gibt die sogenannten christlichen oder gelben Gewerkschaften, die niedrige Tarifverträge abschließen oder arbeitgeberfreundliche Betriebsratslisten aufstellen.

Gibt es Branchen, die davon besonders betroffen sind? Wie sieht es bei Verlagen und Druckereien aus?
Die Praktiken gibt es branchenübergreifend und sie gleichen sich weitgehend. Gewerkschafter und Betriebsräte sollen mit allen Mitteln aus dem Betrieb gedrängt werden. Sie werden schlecht gemacht und isoliert. Wenn überhaupt Betriebsräte, dann wird versucht, gemäßigte aus gelben Gewerkschaften zu installieren. In großen Unternehmen mit hohem Organisationsgrad werden freigestellte Betriebsräte oft besonders privilegiert, um sie so zu mäßigen. Das hat man zum Beispiel bei VW gesehen, wo sogar Bordellbesuche bezahlt wurden. In der Druck- und Verlagsbranche ist das nicht anders als in anderen Bereichen. Allenfalls die exzessiven Ausgründungen haben etwas später angefangen. Aber wenn man sich nur das Beispiel DuMont anschaut, erkennt man, wie weit das auch hier mittlerweile fortgeschritten ist.

Immer wieder wehren sich aber Beschäftigte und Gewerkschaften erfolgreich gegen das juristische Vorgehen solcher Kanzleien. Ein Lichtblick?
Diese Kanzleien wissen oft, dass sie mit dem, was sie da vorhaben, nicht durchkommen. Sie machen das aber trotzdem. Das übliche arbeitsrechtliche Verfahren wird als Teil einer Zermürbungstaktik eingesetzt. Wir nennen das Rechtsnihilismus.

Wer solche Praktiken anwendet, muss in der Öffentlichkeit klar als das benannt werden, was er ist ein: ein Täter, der vor Gericht gebracht und bestraft werden muss.

Foto: Nick Albert

Werner Rügemer ist Publizist und lehrt an der Universität Köln. Unternehmendskriminalität, Privatisierung und neoliberale Wirtschaftskonzepte gehören zu seinen Spezialgebieten. Er arbeitet im wissenschaftlichen Beirat von attac mit und ist Vorstandsmitglied der Aktion Arbeitsunrecht.

WEITERLESEN

Die Initiative work-watch geht Fällen nach, bei denen Arbeitgeber mit rechtlich fragwürdigen Methoden wie aggressivem Mobbing gegen unliebsame Beschäftigte oder Betriebsräte vorgehen. Dokumentation und Unterstützung von Betroffenen: www.work-watch.de

Die Studie der Otto-Brenner-Stiftung (Werner Rügemer und Elmar Wigand: Union Busting in Deutschland. Die Bekämpfung von Betriebsräten und Gewerkschaften als professionelle Dienstleistung) gibt es zum Download unter: www.otto-brenner-shop.de/fileadmin/user_data/stiftung/Aktuelles/AH77/AH_77_UnionBusting_Info.pdf

Werner Rügemer und Elmar Wigand: Die Fertigmacher. Arbeitsunrecht und professionelle Gewerkschaftsbekämpfung, Köln 2014, 14,90 Euro, ISBN 978-3-89438-555-2

Erprobung der Lernanwendung läuft

Ausbildungsprojekt mit Zukunftstechnologie eröffnet mehr als den digitalen Blick in Druckmaschinen

Medientechnologen Druck lernen mit modernster Technik: Digitale Fenster in Druckmaschinen zu öffnen, hat sich das Gemeinschaftsprojekt »Social Augmented Learning« (SAL) vorgenommen (D+P berichtete). Wie Farbfluss und seitliche Verreibung funktionieren, konnte mit Tablet oder Smartphone zuerst nachverfolgt werden. Im Oktober wurde nun das zweite Lernmodul, eine Visualisierung der Druckabwicklung in Offset-Maschinen, mit Auszubildenden an Berufsschulen in Essen und Saarbrücken erprobt. Für Ausbilder und Berufsschullehrer gibt es inzwischen auch ein »Autorenwerkzeug«, mit dem sich im Programm Modellbauteile ein- und ausblenden oder Texte einbetten lassen. Über ein Feedback-System können Lehrende zudem abfragen, ob Azubis die Anwendung verstanden haben.

Foto: Ronny Willfahrt

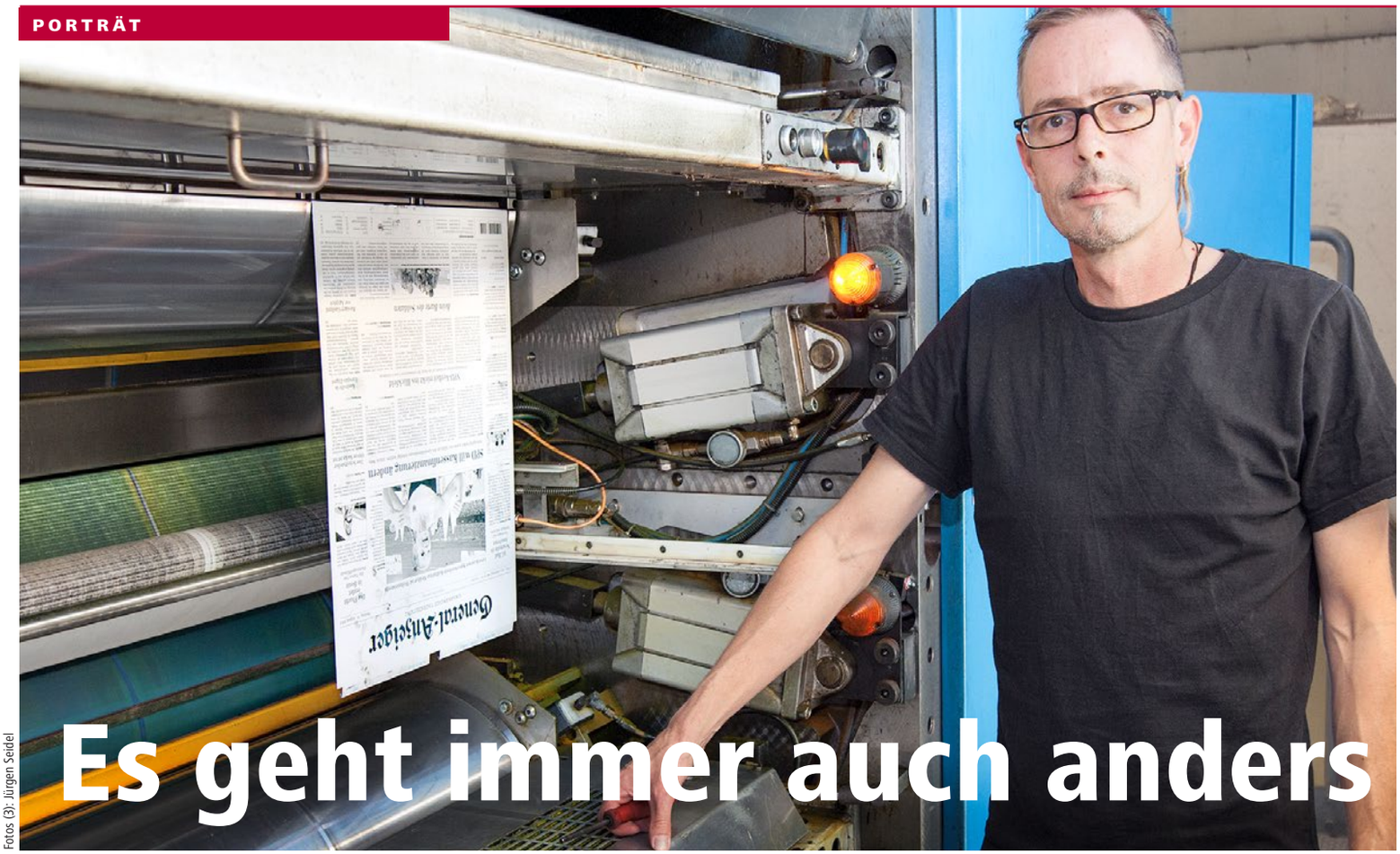
Es lässt sich also inzwischen schon einiges demonstrieren und ausprobieren bei SAL. Das hat sich herumgesprochen. Das Projekt weckt Interesse nicht nur in der Druckindustrie, sondern auch an Hochschulen, bei Verlagen, im Handwerk oder gar bei Volkswagen, wie eine Zwischenbilanz als »Berlin Augmented Reality Dialog« am 16. November in Berlin zeigte.

Insgesamt sind bisher 100 Auszubildende und 20 Lehrende ausführlich zu den SAL-Anwendungen befragt worden, weiß Thomas Hagenhofer, Projektverantwortlicher beim Zentral-Fachausschuss Berufsbildung Druck und Medien. Und es geht weiter: Die letzten beiden Lernmodule – Lackierung sowie Bogenlauf und -wendung – sind momentan in Arbeit und sollen im Frühjahr 2016 getestet werden. Danach stehen Feinschliff und Anwenderschulung im Mittelpunkt.

31. Mai – 10. Juni 2016
Düsseldorf
www.drupa.de
drupa

Einen speziellen Tipp gibt es für Besucher der bevorstehenden drupa 2016 in Düsseldorf: Am ver.di-Freiflächenstand sollen sich Interessenten über das Ausbildungsprojekt informieren und die Tablet-Anwendungen selbst erproben können. Mit der Heidelberger Druckmaschinen AG wird eine praktische Demonstration vorbereitet. Und am Stand der Hochschulen steht dann ein SAL-Thementisch.

PORTRÄT



Fotos (3): Jürgen Seidel

Es geht immer auch anders

Hinrik von Normann wirkt verdammt jung und ist doch fast schon ein Urgestein. Seit 1997 arbeitet er beim Bonner »General-Anzeiger«. Im Frühjahr 2014 ging er in die dritte Runde als stellvertretender Betriebsratsvorsitzender. Bei ver.di ist er als konstruktiver Querdenker bekannt; Kollegen sagen über ihn, er habe einen neuen Geist in die Betriebsratsarbeit gebracht. Die rund 300 Beschäftigten in Redaktion, Verlag und Druckerei stehen hinter ihrem Betriebsrat, in dem Teamarbeit alles ist und Kommunikation großgeschrieben wird. | GUNDULA LASCH

Schon auf den ersten Blick kann man erkennen: Hinrik von Normann ist keiner, der in der Masse untertaucht. Zur Verabredung kommt er mit dem Motorrad angebraust und wirkt auf den ersten Blick wie ein großer Junge. Sein Haarschnitt lässt eine gewisse Sympathie für Punk vermuten, er lebt mit Frau und Kleinkind in einer ungewöhnlichen Wohngemeinschaft und spielt Schlagzeug in einer Band.

Gleichzeitig ist dieser unkonventionelle Typ mit Leib und Seele Maschinenführer in der Druckerei und seit 2002 im Betriebsrat des altehrwürdigen Bonner »General-Anzeigers« aktiv. Die Zeitung ist mit rund 80.000 täglichen Exemplaren Platzhirsch in der ehemaligen Bundeshauptstadt. Die in der Branche üblichen Auflagenrückgänge, die in den letzten Jahren die meisten Zeitungen und Zeitschriften verzeichneten, fallen in Bonn nicht ganz so dramatisch aus. Und bislang blieb, auch dank engagierter Betriebsratsarbeit, die selten gewordene traditionelle Betriebsstruktur eines Zeitungshauses erhalten: Redaktion, Verlag und Druckerei befinden sich an einem Standort, in einem Unternehmen. »Eine in vieler Hinsicht positive Struktur«, betont Hinrik die Vorzüge. »Wir sind unabhängig, können unsere Printprodukte eigenständig gestalten und produzieren.« Aktuell allerdings konfrontiert die Geschäftsleitung Belegschaft und Betriebsrat erneut mit Auslagerungs- und Fremdvergabeplänen. Als Antwort darauf diskutiert der Betriebsrat, unterstützt von ver.di, mit Beschäftigten und Besitzern der Zeitung die Überführung des Druckzentrums in eine mitarbeitergeführte Genossenschaft. Eine ebenso spannende wie unkonventionelle Initiative. Eine Alternative von unten gegen übliches Outsourcing und Unternehmenszergliederung. Hinrik von Normann ist bereit dazu: »Es geht eben immer auch anders. Und: Einfach kann jeder.«

Verbindliche Absprachen

Im Betriebsratsbüro beim »Generalanzeiger« ist der drahtige Mann sofort im Arbeitsmodus. Herzlich begrüßt er seine Kollegin und Betriebsratsvorsitzende Imke Habegger. »Wir wollen ein demokratisches Gremium, keinen Alleinherrscher«, sagen die beiden. Angetreten sind sie von vornherein als Vorsitzendenteam. Als Sprecher/innen des Gremiums agieren sie gemeinsam und gleichberechtigt. Imke ist Redakteurin, Hinrik aus der Druckerei. Weil sie eine Kultur des intensiven Austauschs und verbindlicher Absprachen pflegen, sind beide gleichermaßen in der Lage, auf betriebliche Entwicklungen angemessen zu reagieren. Unabhängig, ob es nun ein Technik- oder Verlags- oder Redaktionsthema ist. Die Redakteurin und der Maschinenführer bezeichnen sich oft augenzwinkernd als

Dreamteam – das Gespann funktioniert gut. Die weiteren sieben Betriebsratsmitglieder ziehen mit ihnen an einem Strang. Die sehr unterschiedlichen Mentalitäten im Gremium helfen, die verschiedenen Beschäftigtengruppen anzusprechen und zu gewinnen. Die Belegschaft wissen sie hinter sich. Die oft hinderlichen Abgrenzungen zwischen den Kolleginnen und Kollegen in Druckerei, Verlag und Redaktion sind beim Bonner »General-Anzeiger« weniger stark ausgeprägt. In Tarifauseinandersetzungen stehen Redakteurinnen bzw. Redakteure und Drucker schon mal gemeinsam vor dem Tor. Selbstverständlich ist das nicht. Der Betriebsrat kommuniziert ständig und sichert Transparenz der Entscheidungen. »Wir benennen die Missstände im Betrieb offen, informieren unsere Leute ständig, sorgen für Rückkopplung vor allen Entscheidungen, nehmen Sorgen ernst«, erläutert Imke. Hinriks »Baby«, ein Mitteilungsblatt des Betriebsrates namens »Generell gut informiert« – ein ehemaliger Werbeslogan der Zeitung –, ist ein wichtiger Baustein dieser Informationsstrategie.

Im Gespräch wird schnell klar: Hinrik von Normann brennt für seine Aufgabe. Aber er ist auch einer, der gut überlegt, bevor er etwas sagt. Man spürt, wie es ihn schmerzt, wenn er als Betriebsrat an Handlungsgrenzen gerät. Etwa wenn Stellen nicht wiederbesetzt werden, obwohl die Kolleg/innen bereits bis zur Schmerzgrenze ausgelastet sind. Oder wenn Leiharbeit im Unternehmen nicht vollständig verhindert werden kann. »Baustellen gibt es viele«, sagt er. Und dennoch weiß er sich in diesem Job, bei dem niemals alles erledigt ist, vor dem Ausbrennen zu schützen: Weit mehr als die Hälfte seiner Arbeitszeit steht Hinrik an der Druckmaschine: »Ich liebe meinen Job und möchte ihn nicht vollständig ruhen lassen.« Von Wahlen möchte sich der 45-Jährige nicht abhängig machen: »Es wäre fatal, wenn ich keine Alternativen zur Betriebsratsarbeit hätte.«

Link zur Band:
www.soundcloud.com/parallelgesellschaft

Mit Leib und Seele Maschinenführer

Erfolg definiert sich kollektiv

Der Mann ist gut geerdet und hält sich nicht für unersetzbar. Und er lebt das, wofür er sich einsetzt: Von April 2014 bis Juli 2015 ging er in Elternzeit und nutzte den Freiraum, um mit seiner Lebensgefährtin Eva und Söhnchen Timo von Osteuropa bis nach Marokko zu touren. »Es war richtig toll«, berichtet er mit glänzenden Augen. »24 Stunden, sieben Tage die Woche Familie. Ohne Einflüsse von außen. Das war gut für uns und lässt mich heute viele Probleme aus einem anderen Blickwinkel sehen.« Sein kleiner Sohn musste sich nach der Rückkehr ins »stationäre Hauptquartier« erst einmal an die feste Behausung gewöhnen – der hatte sein erstes Lebensjahr fast komplett im Wohnmobil verbracht.

Auch jetzt ist das Zuhause der kleinen Familie keines, das Durchschnittserwartungen entspricht: In der Bonner Altstadt teilen sie sich ein Haus mit weiteren sechs Erwachsenen und zwei Kindern. Jede Partei dieser großen Wohngemeinschaft hat eigene Privaträume; die große Küche wird gemeinsam genutzt und ist Begegnungsraum. »Wir versuchen, im Kleinen so zu leben, wie wir es uns im Großen wünschen würden. Das geht nicht konfliktfrei ab, ist aber für uns eine echte Alternative zu konventionellen Lebensentwürfen.« Lösung gefunden? »Leben ist Bewegung und Veränderung – wir werden sehen«, meinen Hinrik und Eva. Dennoch gibt es neben Job und Berufung noch eine Konstante im Leben des Gewerkschafters – seine Leidenschaft für Musik. Seit 22 Jahren ist er als Schlagzeuger Mitglied einer Ska- und Punkrockband, die allwöchentlich probt und ab und an auch Konzerte gibt. »Es ist die beständige Beschäftigung mit Musik, Texten und Inhalten, der Austausch mit den Bandkollegen, die Freundschaft, die uns verbindet.« Ihre Band namens Parallelgesellschaft hat ein scharfes politisches Profil mit selbst geschriebenen deutschen Stücken. »Freiheit entsteht, wo wir die Macht brechen, wo wir gemeinsam aus einem Mund sprechen«, heißt es da zum Beispiel.

Und schon wird klar, dass dies nicht die andere Seite des Hinrik von Normann ist, sondern nur eine seiner Facetten. Er steht beruflich und privat für ein Denken in anderen Dimensionen als denen von Macht und Besitz. Erfolg definiert sich für ihn kollektiv. Er macht nicht viel Gerede. Er lebt einfach seinen Grundsatz: »Eine andere Welt ist möglich – aber man muss sie auch machen.«

Mit Imke Habegger (r.) gleichberechtigt im Vorsitzendenteam der gemeinsamen Interessenvertretung

MELDUNG

Arbeit mit Flüchtlingen im Fokus von ver.di

Arbeitsbedingungen und Perspektiven in der Flüchtlingsarbeit standen bei der Veranstaltungsreihe sicht.weisen im November zur Debatte. Im übervollen Saal in der ver.di-Bundesverwaltung ging es darum, was unter Willkommenskultur zu verstehen ist und wie Hilfe funktionieren kann.

Marco Olbrich, Mitarbeiter der Berliner Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber, Mitglied der ver.di-Betriebsgruppe, berichtete stellvertretend. Das Wichtigste seien Unterkünfte, gebraucht würde das Dreifache an geschultem Personal. »Wir stoßen täglich an unsere Grenzen, die Verzweiflung der Leute belastet sehr.« Für die Flüchtlingshilfe werde Vernetzung gebraucht, auch über ver.di. Andrea Kühnemann, bei ver.di Berlin-Brandenburg für Gemeinden zuständig, kündigte ein fachbereichsübergreifendes Unterstützer-Treffen an und das Bündeln von Forderungen an die Politik. »Wir schaffen das?« Besser hieße es wohl: »Wir machen das!« - B. E.

IMPRESSUM

DRUCK+PAPIER – die ver.di-Branchenzeitung – erscheint gedruckt für die Mitglieder der Alt-Fachgruppen Druckindustrie und Zeitungsverlage sowie Papier- und Kunststoffverarbeitung als Beilage zur ver.di-Mitgliederzeitung PUBLIK. 153. Jahrgang.
Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Bundesvorstand/Fachbereich Medien, Kunst und Industrie, Frank Bsirske und Frank Werneke.
Redaktion: Michaela Böhm, Andreas Fröhlich (verantwortlich), Helma Nehrlich, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Telefon: 030.6956-2318, Telefax: 030.6956-3654, drupa@verdi.de.
Korrektorat: Hartmut Breckenkamp. **Design und Vorstufe:** werkzwei, Detmold.
Druck: apm AG, Darmstadt.

LESERBRIEFE

Satire darf beißen

Reaktionen von Lesern auf die »Strichätzung« in Ausgabe 3/2015

Illustration: Thomas Klefisch

»Was darf Satire?« wurde anlässlich des Terroranschlags auf das französische Magazin »Charly Hebdo« öffentlich diskutiert. Die kürzeste wie einfache Antwort lautete: Alles. Satire ist ein Element der Meinungsfreiheit. Sie spitzt zu, soll aufrütteln, darf auch übertreiben, um zum Nachdenken anzuregen. Satire muss nicht gefallen oder immer lustig sein, sie darf beißen. In DRUCK+PAPIER steht dafür die »Strichätzung«, unsere traditionelle Glosse, die vom Kabarettisten Robert Griess geschrieben wird. Die letzte unter der Überschrift »Dunkel war's ...«, beschäftigte sich mit widerwärtig-rassistischen Reaktionen auf den Flüchtlingsstrom. Doch der Text stieß bei einigen Lesern auf Empörung und großes Unverständnis. Wir zitieren aus zwei Leserbriefen.

Uwe Steinborn aus Frankfurt/Oder schrieb: »Es ist mir neu, dass vor 25 Jahren alle 17 Millionen ehemalige DDR Bürger sofort Sozialhilfe oder Hartz IV erhalten haben. Wenn ... (sie jedoch darauf) angewiesen waren oder immer noch angewiesen sind, sollten die dafür verantwortlichen Gründe hinterfragt werden. Das ... liegt unter anderem auch in den Machenschaften der Treuhand oder anderer Individuen begründet. Wie bekannt sein dürfte, wurden viele Betriebe auf dem Gebiet der ehemaligen DDR rigoros plattgemacht und die damals dort Beschäftigten rausgeschmissen.« Ähnlich argumentiert auch Arne Engel, der heute in Hannover arbeitet, aber bis 2003 Bürgermeister einer kleinen ostdeutschen Gemeinde war. Er zählt Betriebe wie das Reifenwerk Fürstenwalde und andere auf, in denen Tausende arbeitslos geworden sind. »Diesen Betrieben wurde von heute auf morgen die Existenzgrundlage entzogen – mit Einführung der soooo unendlich ersehnten harten D-Mark.« Er berichtet: »2007 habe ich versucht, einen Betriebsrat zu installieren ... Der Rückhalt war zuerst da – wer ist dann eingeknickt? Meine Wessikollegen. Wer stand am Ende allein vorm Chef? Dreimal dürfen sie raten – der Quotenossi.«

Leser Steinborn kritisiert: »Zu behaupten, alle jetzt noch im sogenannten ›Tal der Ahnungslosen‹, womit wohl der Raum um Dresden gemeint ist, Lebenden seien Dumpfbacken, Nazis oder Zurückgebliebene – in welcher Hinsicht eigentlich zurückgeblieben? – empfinde ich als Unverschämtheit. Nicht nur in Sachsen ... gibt es ausländerfeindliche Aktivitäten, sondern auch im westlichen Teil des jetzt geeinten Deutschland.« Kollege Engel fragt, was heute »politisch korrekt« sei. »Das, was die Politik oder die Regierungsparteien unter richtig verstehen?« In den Medien werde nicht über die »wirklichen Ursachen der Flüchtlingsströme berichtet.« Wo könne man lesen, dass die Kriege, an denen auch Deutschland in den letzten 25 Jahren nicht unbeteiligt war, »Ursache dafür sind, dass Millionen Menschen, nicht nur Flüchtlingen, die Lebensgrundlage entzogen wurde«?

Wir danken für diese und andere Leserreaktionen. Etwas überrascht hat uns, dass brennende Flüchtlingsheime, die den Anstoß zur Glosse gaben, darin keine direkte Rolle spielen. Robert Griess wandte sich in seinem Text eindeutig gegen Abschottung, Ausgrenzung und gegen Gewalt. Diese Haltung teilt die Redaktion uneingeschränkt, wie auch der ver.di-Bundeskongress bekräftigt hat, dass es »keinen Platz für Fremdenhass und rassistische Gewalt (gibt) – nicht in Europa, nicht in Deutschland!« Aus ihrer satirischen Funktion folgt, dass alle Aussagen im Glossentext ironisch zu verstehen waren. Wenn sich manche Leser/in zu Unrecht angegriffen fühlte, bedauern wir das.

Doch es bleibt dabei: Satire darf alles. Wir sollten ihre Pfeile aushalten. Und uns auf Denkstoff in der neuen »Strichätzung« freuen.

Madsack macht Druckvorstufe in Hannover platt

Der Madsack-Konzern setzt seine Personalentlassungs-Strategie in Hannover unvermindert fort. Nach dem Aus für die eigene Rotation wurde Anfang November auch die Betriebsschließung der 2010 ausgegründeten Typomedien GmbH verkündet. Bereits vier Wochen später sind dem konzerngebundenen Druckvorstufen-Dienstleister alle Aufträge entzogen. Nun erledigen MZ Satz in Halle, eine Tochter des Konzerns M. DuMont Schauberg, und SperlingComputerSatz in Leipzig Mediengestaltungsleistungen für Madsack-Objekte wie die »Hannoversche Allgemeine«.

Bis zum Jahresende sollen die verbliebenen 18 von ehedem 31 Typomedien-Beschäftigten vor die Tür gesetzt werden – darunter viele langjährige Madsack-Mitarbeiter. In zwei Verhandlungsrunden mit dem Betriebsrat legte die Geschäftsführung keine akzeptablen Ausgleichsvorschläge für den Arbeitsplatzverlust der überwiegend älteren Belegschaft vor.

Erst Anfang Dezember zeigte sie in einem ersten Termin des Einigungsstellenverfahrens Bereitschaft zu Zugeständnissen. So sollen nun die Höhe von Abfindungszahlungen angemessen angehoben und eine Transfergesellschaft mit einem hohen fünfstelligen Eurobetrag ausgestattet werden. -HdB

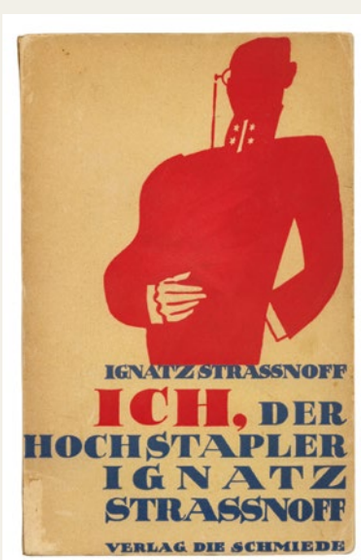
BUCHTIPP

Ein Fest fürs Auge

Lebendig, kraftvoll, politisch: Buchumschläge in der Weimarer Republik

Cover sollen Lust auf den Inhalt eines Buches machen, Aufmerksamkeit und Neugier wecken. Selten in der Geschichte der Buchgestaltung ist das von Buchkünstlern wohl so künstlerisch-kraftvoll, politisch-plakativ und farbenfroh-fröhlich beherzigt worden wie nach dem Ersten Weltkrieg – bis die Nazis diese Gestalter vertrieben und die Bücher verbrannten. Jetzt zeigt ein prachtvoller Band 1.000 solcher Buchumschläge und -deckel.

Zwischen 1918 und 1933 erlebte die Buchkultur im Deutschland der Weimarer Republik eine regelrechte Blüte. Die wichtigsten und begabtesten europäischen Grafiker einer mutigen, freien, aufgeklärten Zeit gestalteten Umschläge für die Bücher der neuen, liberalen, weltoffenen Nachkriegsliteratur, die in ebenso liberalen und risikobereiten Verlagen erschienen: John Heartfield, Georg Grosz, Georg Salters, Olaf Gulbransson, um nur die berühmtesten (und nicht gänzlich vergessenen) zu nennen. Ein »Strom von Meisterwerken« (Vorwort) begegnet uns so in diesem aus der Sammlung von Jürgen und Waltraud Holstein zusammengestellten Band. Ungemein kreativ und lebendig, mit frischen, leuchtenden Schriften haben die Cover nichts von ihrer faszinierenden Ausstrahlung verloren. Die vermeintlich nur »angewandte Kunst« zeigt im Verbund mit spannender Typografie und aufwendiger Buchbinderei ihren eigenständigen Wert. Nicht zu vergessen: Es wurde ohne PC und Photoshop mit Schere und Klebstoff gearbeitet, Lithos mussten mühsam in den Druckprozess eingefügt werden.



Alle Richtungen der bildenden Kunst jener Zeit – Expressionismus, Neue Sachlichkeit, Konstruktivismus – sind vertreten; nicht nur Cover für die Belletristik, sondern auch solche für Sachbücher aus Politik und Kultur werden gezeigt. Darunter ist der meistproduzierte, -imitierte und -plagiierte Buchumschlag der deutschen Verlagsgeschichte: Georg Salters Montage aus Texten und Bildern für Alexander Döblins »Berlin Alexanderplatz«. Exemplarisch werden sechs bedeutende Verleger und damit die wichtigsten Auftraggeber der Einbandgestaltung ausführlicher vorgestellt: Fischer, Malik, Herzfelde (Bruder von Heartfield), Kiepenheuer, Rowohlt, Ullstein. Gegliedert ist das Buch in die Kapitel »Politik und Gesellschaft«, »Verleger und Verlage«, »Kunst und Künstler«, »Buchgestaltung« und »Literatur und Autoren«; hier speziell gibt es Bücher von Brecht, Kästner, Kisch oder Ringelnatz zu bewundern – ohnehin ist man mit einem guten Inhalts- und Namensverzeichnis zum nichtchronologischen Schmökern eingeladen.

Jürgen Holstein (Hg.), *Buchumschläge in der Weimarer Republik,* Text deutsch-englisch, Großformat (327 mm), Taschen-Verlag, Köln 2015, 451 S., 49,99 €, ISBN 978-3-8365-4980-6

Alle Texte des sorgfältig gestalteten Buches sind sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch abgedruckt, die Cover sind nicht nur mit den bibliografischen Angaben, sondern mit weiteren Informationen zur Ausführung, zum Künstler und zum Inhalt versehen. Häufig findet sich nicht der Hinweis »… nach 1933 wurde das Buch beim Verlag und bei den Buchhandlungen beschlagnahmt«. Insofern ist es nicht nur ein Bilder- und Leseband, sondern auch ein Geschichtsband der anderen Art. **ULLA LESSMANN**

Ganz ohne PC und Grafikprogramm: Drei von 1.000 Einbänden für Belletristik und Sachbücher

TERMINE

MAINZ, BIS 28. FEBRUAR 2016, Gutenberg-Museum, **Sonderausstellung »Am 8. Tag schuf Gott die Cloud. Die Reformation als Medienereignis in Text und Bild«**, www.gutenberg-museum.de

NAUMBURG b. KASSEL, 18. BIS 22. JANUAR 2016, **Seminar JAV-Praxis I**, www.jugendbildungszentrale.de bst.naumburg@verdi.de

GLADENBACH, 18. BIS 22. JANUAR 2016, ver.di-IMK, **Bildungsurlaub: Google, Facebook, NSA – Datenspuren und Spurenleser im Netz**, www.imk.verdi.de, www.verdi-gladenbach.de

SAALFELD, 15. BIS 19. FEBRUAR 2016, **Seminar: Aktuelle Veränderungen im Einsatz prekärer Arbeitsformen in Verlagen, Druckindustrie und Papierverarbeitung**, www.bst-saalfeld.verdi.de

BIELEFELD-SENNESTADT, 15. BIS 19. FEBRUAR 2016, **ver.di-IMK: Bildungsurlaub: Betrieb – Wirtschaft – Gesellschaft**, www.imk.verdi.de, www.verdi-das-bunte-haus.de

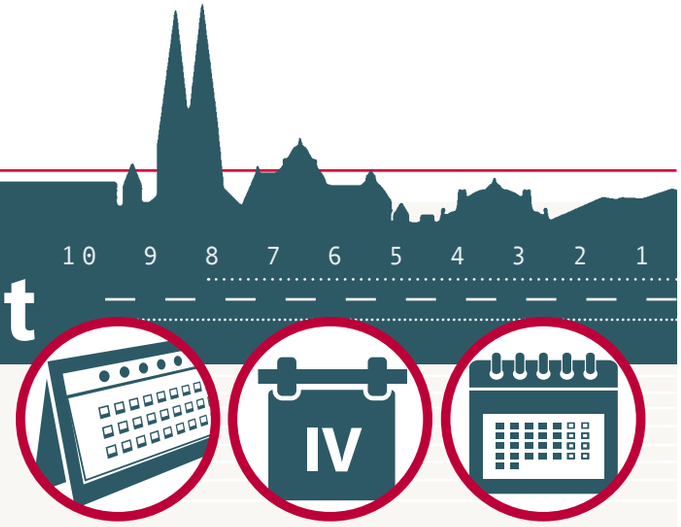
WALSRODE, 22. BIS 26. FEBRUAR 2016, **Seminar: Gesundheitsgerechte Arbeit in Verlagen, Druckindustrie und Papierverarbeitung**, www.verdi-walsrode.de

NAUMBURG b. KASSEL, 29. FEBRUAR BIS 4. MÄRZ 2016, **Seminar JAV-Praxis II: Ausbildung checken und verbessern**, www.jugendbildungszentrale.de, bst.naumburg@verdi.de

HANNOVER, 3. UND 4. MÄRZ 2016, **Sitzung des Bundesvorstandes der ver.di-Fachgruppe ver.di-Tarifkommission der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie**, www.verlage-druck-papier.verdi.de

INDUSTRIEGESCHICHTE

Die Tage sind gezählt



In Bielefeld endet die traditionsreiche Kalenderproduktion

Broelemann, Dohse, Eilers und Gundlach. Diese vier großen Bielefelder Hersteller dominierten jahrzehntelang den Markt für Taschen- und Buchkalender. Mit bis zu 1.800 Beschäftigten stellten sie etwa 60 Prozent des deutschsprachigen Kalendersortiments her. Seit den 1950er-Jahren hatte diese Industrie für die regionale Arbeit der Gewerkschaft in der Druckindustrie und noch mehr in der Papierverarbeitung große Bedeutung. Im Ortsvereins- und Bezirksvorstand waren Vertreter aus den Kalenderbetrieben an führender Stelle aktiv. Bei Tarifkämpfen standen die gewerkschaftlich überdurchschnittlich gut organisierten Beschäftigten in vorderster Reihe. Doch ließen technische Entwicklungen, Preiskampf und Überkapazitäten die einst hohen Gewinnspannen der blühenden Spezialindustrie drastisch schrumpfen. Kalenderproduktion muss vorfinanziert werden.

Über Reste wird verhandelt

Als ich im August 1973 bei **Gundlach** meine Buchbinderausbildung begann, gab es 750 Beschäftigte, davon 60 im Satz. Nach der Umstellung von Bleisatz auf Fotosatz wurde die Setzereibelegschaft etwa halbiert. Der Zuwachs an EDV-Kräften in der Arbeitsvorbereitung hielt den Personalabbau nicht auf, die rasante technische Entwicklung im Bereich Druck und Weiterverarbeitung forcierte ihn weiter – bis 1989 auf etwa 430 Beschäftigte. Wenig später sollte die Leder- und Plastikfertigung geschlossen und an Billigproduzenten abgegeben werden. Entlassungen drohten. Zwischen IG Medien und Geschäftsleitung wurde ausgehandelt, dass der größte Teil der Belegschaft vom Druck- zum Papierverarbeitungstarif wechselte, was etwa 20 Prozent Einbuße bedeutete, aber die Beschäftigung sicherte. Die Übernahme der Schweizer Kalenderproduktion von Kalendaria und Biella nutzte die Geschäftsleitung 1999 zu weiterem Tarifdumping. Im Oktober 2001 wurde der Kalenderbetrieb dann an Lediberg, einen Konkurrenten aus Italien, verkauft und firmiert seitdem unter Gunova-Kalender. Ende 2014 waren noch 92 Beschäftigte in Produktion und Verwaltung tätig, aktuell sind es 83. Nach Angeboten zu freiwilligem Ausscheiden wird mit ver.di nun über den möglichen Wechsel von noch etwa 30 Beschäftigten nach Lemgo im Lipper Bergland verhandelt. Die Betriebsstätte in Bielefeld schließt zum Jahresende 2015.

Verlagert und verkauft

Die Firma **Broelemann**, die damals fast 500 Beschäftigte hatte, erwischte es schon 1986. Die Banken wollten bei der Vorfinanzierung nicht mehr mitspielen. Eine Rettung auf Zeit brachte die Übernahme durch das Unternehmen **Dohse** mit etwa 300 Beschäftigten. Formal stieg man zwar zum Marktführer auf, aber beide Betriebe liefen ohne Synergien nebeneinander her. 1995 stieg Mohndruck (Bertelsmann), der große Konkurrent aus Gütersloh, ein und verlagerte die Restproduktion nach Verl. Aus Bielefelder Wurzeln sind noch gut 50 Stellen erhalten. 2014 verkaufte Bertelsmann die Kalenderproduktion aus dem Konzern heraus an eine bayerische Investmentfirma.

Betriebsstätte schließt jetzt

Eilers hatte früh auf die Modernisierung gesetzt, einen Neubau in Sennestadt bezogen. Nach der Wiedervereinigung wurde die Leder- und Plastikfertigung in eine neue Produktionsstätte ins thüringische Rudolstadt verlagert. Der Personalabbau verlief eher moderat. Aber auch hier machten die Banken Probleme. 2003 wurde einer Sanierungsvereinbarung mit ver.di abgeschlossen, ein Jahr später übernahm der Heilbronner Kalenderhersteller Beyer & Schneider den Betrieb. Anfang dieses Jahres erfuhren die 90 Beschäftigten von Plänen, die Produktion zum 1. April 2016 nach Heilbronn zu verlagern. Kündigungen sind nun zu Ende März 2016 ausgesprochen, die Betriebsstätte schließt bereits Ende Dezember. Ein Kapitel Industriegeschichte ist abgeschlossen. Bielefeld war einmal die Kalenderstadt. DIRK TOEPPER

AUFLÖSUNG UND GEWINNER/INNEN DES PREISRÄTSELS

Vom Winkelhaken zu Copy and Paste

»Mengensatz« lautet das Lösungswort des letzten DRUCK+PAPIER-Preisrätsels. Das ist »fortlaufend gesetzter Satz in größerer Menge; wird auch Fließtext oder glatter Satz genannt.« So jedenfalls formuliert das Online-Lexikon der »Mediencommunity« für die Auszubildenden in Druck- und Medienberufen die Definition des Begriffs (www.mediencom munity.de). Aus dem Mengensatz, auch als Brotschrift bezeichnet, herausgehoben ist die übrige typografische Gestaltung eines Medienprodukts, die aus sogenannten Auszeichnungsschriften besteht. Bei der Auswahl der Schrift für den Mengensatz hinsichtlich etwa ihrer Serifenbetonung, Größe oder Laufweite ist die gleiche Sorgfalt geboten wie bei den Auszeichnungsschriften. Während die reine Texterfassung heutzutage meistens per Copy and Paste aus einem Text- in das Layoutprogramm erfolgt, wurde zu frühen Bleizeiten auch und gerade Mengensatz in der traditionellen Weise hergestellt, indem Schriftsetzer Buchstabe um Buchstabe, Zeile um Zeile in den Winkelhaken setzten. Später erleichterten dann Setzmaschinen (Linotype) diese anspruchsvolle Arbeit. **(hem)**

	S		G	E	S	E	T	Z		L		D
P	E	N	N	I		L		I	D	U	N	A
	S		U	N	G	A	R	N		P		U
R	A	S		T		N	O	N	S	E	N	S
A	M	P	E	R	E		G	E	I		E	
T		I		A	N	K	E		M	A	T	E
	M	E	N	G	E		N	S	A	T	Z	
S	I	L	O		R	E	E	P		O		O
	K		T	A	G		R	O	D	L	E	R
G	A	L	E	R	I	E		N		L	O	T
A		O		G	E	L	A	S	S		S	
S	C	H	A	U		E		O	P	T	I	K
T		N		S	E	N	O	R	A		N	

Die **Gewinner/innen** des Rätsels in DRUCK+PAPIER 3/2015 sind:

1. Preis: [redacted] 37077 Göttingen (Gutschein der Büchergilde Gutenberg über 80 Euro)

2. und 3. Preis: [redacted] 82205 Gilching, und [redacted] 14641 Wustermark (je ein ver.di-Küchen-»Gourmet-Set«)

4. bis 6. Preis: [redacted] 75394 Oberreichenbach, [redacted] 22179 Hamburg, und [redacted] 34320 Söhrewald (je ein großformatiger ver.di-Kunstkalender 2016)

7. Preis: [redacted] 28215 Bremen (ein Pfund fair gehandelter ver.di-Kaffee)

8. und 9. Preis: [redacted] 33604 Bielefeld, und [redacted] 55469 Simmern (je ein roter ver.di-USB-Stick)